

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsführung einbinden den Verlag von Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: Für die sechsmonatliche
Mittelschicht 10 Mark, für die Arbeiter-
in Kleinstädten 12 Mark. - Einzelnummern-
preise durch den Verlag des „Politischen
Wegweisers“, Halle (Saale), Gr. Brauhaus-
straße 30.

immer 15

Halle, 14. April 1928

4. Jahrgang

Politische Ostern

Während die Feiertage in der inneren Politik still
sind, auf Grand Jeanes Burgfriedens, den die
Parteien miteinander abgeschlossen hatten, ist die
Politik desto lebhafter geworden. Man kann im einzelnen
nicht übersehen, welche Ergebnisse daraus folgen, wird
bei dem Charakter der italienischen Vertriebsarbeit
aus der Beunruhigung hervorgehen, die sich besonders
aus und in geringerer Grade auch London zeigt. Es
ist zu vermuten, daß die römische Geschäftigkeit immer
mehr mit sich bringt, auch wenn man Mussolini nicht
seinem eigenen Worten, sondern auch nach seinen
sich vorfindenden Taten beurteilen soll. Der „Euros“
der sich besonders aufgeragt und seit
auf das härteste eine Politik, in der er jede klare
ermittelt. Ganz unrecht hat er freilich nicht, wenn er
Mussolini hohe die Staaten ab und ziehe sie an,
wie es ihm im Augenblick beliebt. Seine Behauptung,
Deutschland würde jetzt gestreift, während
französischen Bedingungen der Tanager aufzuliegen ver-
wendet, soweit es sich um uns handelt, jeder Grund-
wert selbst haben nur ein zweites Interesse.
wollen den Frieden unter allen Umständen erhalten
und betragen jede Spannung mit ernster Sorge.
ausgeprägte Namen begründen eine Verschärfung des
sich-italienischen Gegenbes, von dem wir in diesem
nichts gewinnen können, vermutlich aber arg in Mit-
leidenschaft gezogen werden. Daß man in Frankreich den
ein unter der Hand Angebote macht, führt uns nicht
hinüber. Uns geht weder Tunis, noch Tripolis etwas
an. Das als das erstrebte Einvernehmen aus den
an Kleinstädten ausbeutet, und solche Wünsche finden
im „Marin“, bekommt die Sache ein anderes Gesicht.
Gesandtschaft der Nordseite kann zu Verhandlungen
in deren Ende gar nicht abzusehen ist. Das alte Europa
der sich im Zustand eines labilen Gleichgewichtes, das
deutlich empfindlich ist. Ein noch so leiser Hauch ge-
um alles durcheinander zu werfen.

Um den Trianon-Vertrag

Gemeinsam und sorgfältig vorbereitet war die Reihe
ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen nach
ein im Jüngsten erliegen in Breda, aber nicht
sein Tod am 10. zu nehmen, sondern mit ausgeprägten
politischen Zielen. Von dort fuhr er nach Paris
Mussolini war gerade abgereist. Benignität für
Lebensfähigkeit. In Wirklichkeit hatte er den Zug auf
anderen Station verlassen und war im Auto zurück-
um die Journalisten treu zu führen. Dieß das schon
erhebliche Bedeutung schließt, so haben die offiziellen
mit das lebte getan. So energig befreit man
dann etwas, wenn man unter allen Umständen etwas
erlangen will. Das große Kaiserreich beginnt. Daß zwi-
schen Rom und Budapest die Fäden sehr dicht gesponnen
ist, ist der Zusammenhang? An der Donau befreit man
nicht mehr, daß die Unterhaltung wichtige Probleme
die. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß
Abänderung des Trianon-Vertrages beabsichtigt ist.
auch die plötzliche Fühlungnahme mit den Nach-
barn, mit Rumänien und Polen. Wir selbst können
Ungarn die Zurückgewinnung ihrer verlorenen Ge-
bietes, namentlich, das es sich um Länder mit rein ma-
jor Bevölkerung handelt. Wir würden es sogar be-
wundern, wenn nach dem Ezer-Vertrag nur auch ein zweiter
Vertrag fällt, zumal früher oder später die beiden
von Saint-Germain und Versailles das gleiche
Kal erfahren müssen. Nur scheint die Zeit dafür noch
keine. Ein vorzeitiger Verlust kann sehr leicht große
Krisen heraufbeschwören, die sich dann schwer bannen
lassen. Die Widerstände sind beruhigend, sind es beson-
ders jedes Urtarfen Ungarns die Frage nach der
Lage der Daburgbar aufweist, gegen die sich alle Nach-
barn der Donau-Monarchie leidenschaftlich wehren.

Polen und Italien

Auch Herr Joleff, der Warschauer Außenminister,
mit seiner Gattin eine verpönte Oberfahrt nach
ein. Die Begleitung der Frau ist jetzt üblich geworden,
politische Zwecke zu verfolgen. Es sieht etwas harm-
los aus. Was will er bei Mussolini? Politische Väter
verläßt, Deutschland zu beruhigen. Jede Tendenz
Berlin ist ausgeschlossen. Die Kinder, sie hören es
und es ist doch eigentlich alles so selbstverständlich,
Verhältnisse zu Polen lösen geradezu in der Luft
hängt nicht über. In Wahrheit wird man die Dinge
ebenfalls freundlich anziehen, wie sie uns hier berichtet
ein. Wenn die Polen in die Entfesselungspolitik Italiens
französisch einbezogen werden sollen, so hat das

schon eine internationale Bedeutung. Joleff führt das und
hat in einer Erklärung betont, er werde sich unter keinen
Umständen aus der kleinen Enclave herauslösen lassen. Das
vor offenbar für Paris gemeint. Man wird nicht trauen,
Offenbar soll er die Zustimmung zu Abmachungen geben,
die zwischen Budapest und Rom getroffen worden sind.
Umsonst tut er es bestimmt nicht. Den Kaufpreis möchten
wir gerne erfahren. Unbedingt sicher sind wir Italiens
nicht. Was, daß deutsches Gebiet in Frage käme, wenig-
stens nicht, soweit es zum Reich noch gehört. Aber dar-
über hinaus? Ist ein Garantiepat für den jetzigen Be-
sitzstand Polens geplant? Man wird jedenfalls diesen Vor-
gängen die gebührende Aufmerksamkeit schenken müssen.
In Sorgen sind wir nicht. Schließlich ist es für das, was
mit erfahren, besser, die Beziehungen Warschau zu London
und Paris werden brüchig, als die zu Rom.

Köhler in Rom

Der Reichsfinanzminister verläßt mit seiner Gattin
seinem Presseset, von dem die Presse sonst nicht viel
weiß, einige Wochen in der ewigen Stadt. Da Dr. Köhler
ein großer Zentrumsmann ist, läßt sich dabei nicht viel
denken. Auch die Wahlen beim Paßt war eine Selbst-
verständlichkeit. Vielleicht hat er sich mit dem Kardinal-
Staatssekretär über die Auslichten des Schulgesetzes unter-
halten und geht, wie in Italien, dem Heimatland des
Katholizismus, die weltliche Schule markiert, die er im
Reich bekämpft. Auch eine Begegnung mit Mussolini fällt
nicht fonderlich auf. Daß er den Kollegen, den Grafen Volpi
besucht, läßt sich zwar erklären. Schließlich haben beide
dieselben Arie, so ähnlich stellt man es wenigstens an
den antiken Stellen in Berlin dar. Walter Gilbert ist
zwar auch in der Stadt des Augustus. Aber Mussolini
aber, man sagt mit Recht, daß der Generalagent das
viel häufiger in Berlin weilt. Dr. Köhler also Gelegenheit
genug hat, ihn zu sprechen. Das ist richtig, wenn man auch
den Ton nicht auf „Judeen“ legen soll, da sich der Ber-
kehr zwischen ihnen meist in Form eines Nervenmittels
vollzieht. Für arglose Gemüter genügt das. Die anderen
reimen sich die Dinge schon allein zusammen. Gilbert kam
aus London, wo er mit Churchill, und aus Paris, wo er
mit Poincaré und dem Präsidenten der Bank von Frank-
reich lebhaften Meinungsaustausch geführt hat. Nun will
er einmal sich mit dem Dritten im Bunde, dem Grafen
Volpi, unterhalten. Dr. Köhler ist zufällig auch da. Selt-
sam Zusammenstreffen. Im übrigen haben natürlich je-
der recht, die sagen, vor den amerikanischen Wahlen sei die
Nektion des Damesplans noch nicht fruchtbar und der
neue Herr im Westen dawie übernimmt erst im Herbst
das Amt. Unbedingt treffend. Wir pflegen internationale
Verhandlungen nicht im Handumdrehen zum Abschluß zu
bringen. Einige Monate dauere sie für gewöhnlich. Nechmet
man am Kalender nach, so kommt man zufällig auf den
Sechst. Und das ist der Sinn.

Der Anti-Kriegs-pakt

Der Kellogg hat den Großmächten, mit Ausnahme
Rufstades, eine Abschrift seines Notenwechsels mit Briand
zugestellt. Nicht nur zur gefälligen Kenntnisnahme, son-
dern zur gelegentlichen Wiedergabe. Er hatte ja nicht
umsonst den französischen Kollegen geantwortet, daß die
Vereinigten Staaten einen einseitigen Vertrag mit Paris
nicht wünschen. Man will die ganze Welt auf dieselbe
Formel bringen. Herr Kerrigan, der immer das Ge-
wachsen hört, und im Echo de Paris eine Politik treibt, die
weder für Verständigung noch verständlich ist, behauptet, schon
die Antimorpe Deutschen und Englands zu kennen. Die
dürfte selbst weniger weitläufigen Journalisten nicht schwer
fallen, denn was Amerika will, liegt im Rahmen unserer
Politik. England oder werde irgend seine Einwilligung
geben. Kein Jagen könne es nicht, um den großen Bruder
nicht zu verlegen, doch werde es den Paßt ein begrenzten
und sich freie Hand vorbehalten. Schon aus Rücksicht
auf Ägypten, Indien und Irland. Obgleich eine interne
Familienangelegenheit des Imperiums. Allerdings nicht
unbedeutend. Schiebereien sind mit dem Frieden nicht ver-
einbar, ganz gleich, ob sie innerhalb der Landesgrenzen
oder außerhalb vor sich gehen. Kerrigan behauptet, Ame-
rika werde damit einverstanden sein, weil es im Grunde
genommen diese freie Hand für Südamerika wünsche.
Ganz überzeugend klingt das nicht, denn das Weiße Haus
hat gezeigt, daß es ausgesprochen verächtlich Länder zu er-
obern, ohne das nach außen hin als Krieg zu bezeichnen.
Wenn er Recht hat, so fragt man sich geradezu, wozu
dann noch ein Paßt beschloffen werden soll. Schön wird
der Weltfrieden durch ihn auch nicht. Was wir von dem
amerikanischen Vorgänger hoffen, ist ja gerade eine Be-
ruhigung der Welt, die noch keinen Vorwand mehr hat,

die Abrüstung zu sabotieren. Kuffenbau aber ist nicht
nötig, daran hat es auch bisher nicht gefehlt.

Die Konservativen

Nur sehr zaghaft nehmen einige deutsch-nationale
Blätter von dem Aufruf der konservativen Partei. Die
meisten sparen übrigens dafür die Druerschwärze. Und
das ist begreiflich. Sehr bequem ist er nicht. Diese Gruppe
von antidemokratischen Politikern, die noch auf die ewige
Wiederkehr des Gleichen hoffen und sich einbilden, sie
könnten das Rad der Geschichte zurückdrehen, ist mit den
Deutsch-nationalen höllisch unzufrieden. Aber nicht wie an-
dere Leute, weil die Partei in der praktischen Arbeit
völlig verjagt hat — das buchen sie eher auf die Ge-
winnseite — sondern weil sie mit der Republik liebäugeln.
Aus dem Lager der wirklichen Demokratie wird das immer
deutlicher. Wir halten das für falsch. Inwieweit die Deutsch-
nationalen liebäugeln mit der Republik, schon weil sie
wissen, daß die Monarchie der Traum von gestern ist und
in Zukunft keine Futtertöpfen zu vergeben hat, nur
sehen sie immer, wie der selbige Hercules, am Scheide-
wege. Sie möchten gerne, trauen sich aber nicht, und
lassen bei schönem Wetter die Kaiserstandarte flattern.
Bei schlechtem Rollen sie je wieder ein. Was man so
Charakter nennt. Das zu verschwiegen haben wir nicht
den mindlichen Anlag. Im Gegenteil, wir sollen es noch
recht die unterrichten, denn nur so rundet sich das Bild
ab. Die Konservativen haben vollkommen recht. Welpen
und Genossen sind genau so unzuverlässige Monarchisten
wie Republikaner. Der Waffengehieser in Beer Ohnt würde
sagen: Ihr seid nicht faul, ihr seid nicht dumm und nicht
noch einmal umgeworfen werden. Deshalb auch das flä-
gliche Fliesco. Man läuft nicht mehr Sturm gegen die
Republik, sondern unternimmt nur noch markierte Wän-
derangriffe, aber man arbeitet auch nicht einhändig mit.
Die Konservativen geben jetzt die Wahlfarole für die
Volkstagen aus. Für diesen kleinen Heerhaufen bedeutet
dies schon ansehnlichen Zuwachs. Zeit macht es den Kopf
auch nicht. Die Konservativen befehlen zum größten Teil
aus dem Adel, der Lebung darin hat, die Zeit zu ver-
passen. Das hat er mit Erfolg unter Stein und Harden-
berg und später unter Bismarck getan. Diese Tradition
pflegt er auch heute. Er wundert sich dann, daß man
ihn etwas als Publikum der Vergangenheit betrachtet.
Er war sehr böse, als Freiherr Mothaus von Mchabben
in seinem Buch: „An den deutschen Adel“ ihnen das vor-
hielt. Gelesen haben sie es, verstanden offenbar nicht.

Stresemann in Bayern

Es hat zwischen München und Ingolstadt einigen
Auftrieb gegeben, als Dr. Stresemann die Kandidatur
für Ober- und Nieder-Bayern annahm. So dreißt sich
in die Höhe des bayerischen Stöben zu begeben! Und
noch dazu mit der Parole „Für den Einheitsstaat“, für
Locarno und den deutschen Liberalismus. Selbst die Jare
plätscherte lauter. Einige Volksparteier sollen auch nicht
enttäuscht gewesen sein. Zum Beispiel General von Schöb,
den man auf den 2. Platz buglierte. Und noch dazu unter
republikanischer Flagge, die der General so gar nicht
schätzt. Wenn einige Blätter der Linken meinten, der Mi-
nister wolle ausgerechnet diesem Gegner seiner Ansichten
ein Mandat verweigern, so beruht das doch auf einer
Fehlennennung der Tatsachen. Stresemann hat offenbar be-
sondres Vergnügen darin gefunden, gerade im bayerischen
Kampfgebiet den Paßt zu spielen.

Wahlkampf

Nur wenige Wochen trennen uns noch von der Ent-
scheidung. Es gilt einen arbeitsfähigen Reichstag zu schaf-
fen und allen Wählern das Handwerk zu legen. Das
Ziel ist die große Koalition und damit die Konstituie-
rung der Deutschen Republik! Alle Macht an Den!
Richard May.

Wir wollen
unsere Partei in Stadt u. Land
ausbauen, helfst uns!

Europas Schicksal

Deutschland und Frankreich im Wahlkampf

Von Reichsminister a. D. Käß.

Die nächsten Wahlen werden in den von ihnen betroffenen Ländern in wesentlichen auch eine Volksabstimmung darüber sein, welche außenpolitische Orientierung von den Wählern gewünscht wird. In Amerika wird zwar erst Ende 1928 gewählt werden, aber schon heute ist dort eine starke Friedensströmung bemerkbar. England wird voraussichtlich erst 1929 wählen, und es ist bezweifelhaft eine außenpolitische Einstellung zur Wahl noch nicht erkennbar. Ausschlaggebend für die außenpolitische Entwicklung in Europa werden die französischen Wahlen Ende April und die deutschen Wahlen am 20. Mai sein; denn das Kernstück der politischen Lage in Europa va bleibt noch auf lange Zeit hinaus das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Im französischen Wahlkampf hatte bis jetzt das Problem Frankreich-Deutschland nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Es ist das jetzt mit einer Schärfe anders geworden, nachdem Poincaré seit unermüdlich eine starke außenpolitische Wandlung im Wahlkampf offen bekannt hat. Poincaré trat geradezu als Vertreter einer deutsch-französischen Annäherung auf. Seine Worte sind ganz zweifellos nicht in einer plötzlich erwachten Zuneigung zu Deutschland zu erblicken, sondern in einem starken französischen Wirtschaftsegoismus.

Poincaré erachtet, daß die durchaus noch nicht endgültig stabilisierte französische Finanz- und Wirtschaftslage ganz ausschlaggebend zu ihrem Vorteil beeinflusst werden würde durch eine endgültige Ausinanspruchnahme der früher verbündeten Mächte über ihre Schulden und durch eine endgültige Festlegung der deutschen Leistungen. Es ist kein Zufall, daß auch von der Großpresse der Welt die Reaktion des Damesplatzes und die Festlegung der deutschen Schuld auf eine bestimmte Summe offen gefordert werden. Es ist bisher wenig beachtet worden, daß sich der Präsident der National City Bank ganz offen in einer deutschen Veröffentlichung am 24. März in diesem Sinne ausgesprochen hat, und es ist weiter außerordentlich beachtlich, daß der frühere Initiator des Weltwirtschaftsmanneschaftes Sir George Raib es fast gleichzeitig als eine unerlässliche Notwendigkeit bezeichnet, die den Wirtschaftsverkehr zwischen den einzelnen Ländern noch hemmenden Schwierigkeiten möglichst bald zu beseitigen, weil sonst ein Zusammenbruch des internationalen Kreditwesens und der Weltwirtschaft in kurzer Zeit unermesslich werden würde. Dieie auch für uns günstige Stimmung werden wir ausnützen müssen.

Die demokratischen Reichstagskandidaten

Eisenauflistung überall durchgeführte.

Nach der Fertigstellung der demokratischen Reichstagsliste ist nunmehr auch die Aufstellung der demokratischen Kandidaten in den Wahlkreisen von den Parteioptionen überall durchgeführt worden. In den 35 Reichstagswahlkreisen sind an führender Stelle aufgestellt:

1. Ostpreußen: Bartschat, Klempnerobermeister, Königsberg.
2. Berlin: Reichsminister a. D. Koch-Weser, Berlin; Malermeister Könte; Frau Dr. v. Hüllen-Neide.
3. Potsdam II: Staatssekretär a. D. Oskar Meyer-Berlin; Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders-Berlin.
4. Potsdam I: Chefredakteur Georg Bernhard, Berlin; Frau Telegrafenauffassistentin Else Hüb, Berlin.
5. Frankfurt a. D.: Dr. Hermann Fischer-Berlin; Oberstudienrat Dr. Schlemmer, Frankfurt a. D.
6. Bonn: Generalsekretär Ernst Lemmer, Berlin; Landwirt Stof.
7. Breslau: Dr. August Weber, Berlin.
8. Weimarer: Landrat Heinrich Hübner, Barth-Pommern; Frau Ilse Mathews, Weimarer.
9. Oberhessen: Direktor der Volksbühnenverein Moering, Breslau.
10. Magdeburg-Anhalt: Staatspräsident a. D. Prof. Dr. Ing. Hummel, Berlin; Regierungspräsident Bohmann, Magdeburg.
11. Halle-Merseburg: Staatsminister Dr. Walther Schreiber, Halle a. S.; Malermeister Andreas, Nordhausen.
12. Thüringen: Staatsrat a. D. Dr. Ludwig Haas, Karlsruhe-Baden; Frau Haas, Jena.
13. Schleswig-Holstein: Ministerpräsident a. D. Hofbeizer Theodor Hansen, Heering 1. B.; Frau Dr. Klara Wittenloh, Altona.
14. Wefer-Ems: Rechtsanwalt Ehlermann, Oldenburg; Frau Direktor Heinke, Bremen.
15. Stade-Braunschweig: Hofbesitzer Wachholtz de Wente, Gr. Mummelage.
16. Südhannover-Braunschweig: Freiherr von Nitzschhofen, Nitzschhofen l. G.; Landwirt Keunke, Thüne-Braunschweig.
17. Westfalen-Nord: Staatsminister Dr. Höpfer-Achhoff, Berlin; Rentner Schmole, Bielefeld.
18. Westfalen-Süd: Gewerkschaftssekretär Ziegler, Stegen i. W.; Fabrikant Gehling, Bielefeld.
19. Hessen-Nassau: Reichsminister a. D. Dr. Peter Meinhof, Dresden; Obermeister Schanz, Frankfurt a. M.
20. Rhein-Nach: Syndikus Dr. Schäfer, Köln-Mein.
21. Koblenz-Trier: Syndikus Dr. Schäfer, Köln-Mein.
22. Düsseldorf-Ost: Schriftsteller Anton Erteschens, Düsseldorf, Fabrikant Schab, Düsseldorf.
23. Düsseldorf-West: Schriftleiter Anton Erteschens, Düsseldorf; Kaufmann Müller, Krefeld.
24. Oberbayern-Schwaben: Justizrat Müller-Gelms, München.
25. Niederbayern-Oberpfalz: Oberbürgermeister Dr. Ruppe, Nürnberg.

Es gibt in Deutschland wohl kaum einen verantwortungsvollen Politiker, der jetzt noch eine andere Außenpolitik für möglich hielte als diejenige, die durch Verhandlung mit anderen friedlichen Gegnern zu neuen Friedensmöglichkeiten zu gelangen sucht. Der Verlauf dieser Politik hängt von Verhältnissen nach dem Gesetz ab. Es war ein langer und beschwerlicher Weg, um an seiner Seite liegen die Geäder von Erbesger und Nathanael. Die Schmähen derer, die diesen Weg zuerst beschritten, sind verflüchtigt. Die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerverbund muß sich selbstverständlich auswirken in völliger Beteiligung aller noch aus der Kriegszeit übernommenen Rechte von Genetivpolitik und politischer Vertretung. Im Völkerverbund ist kein Platz für Staaten mit teilweise noch besetzten Gebieten mit nur beschränkter Staatshoheit. Wenn dem Problem der Rheinabräumung und der Abklärung gegenüber in Frankreich auch heute noch den Gedanken der Sicherheit in den Vordergrund rückt, so muß demgegenüber gelagt werden, daß die beste Sicherheit für beide Staaten eine Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Westen ist.

Während der Dauer der Reichsregierung hat die Außenpolitik gegenüber Frankreich nicht einen einzigen Fortschritt zu verzeichnen gehabt. Es wäre unangehörig, wenn man diese Folge ausschließt der Zugehörigkeit der Rechte zur Regierung und nicht aus interpersonellen Verhältnissen in Frankreich der Verständigung durch das Verhalten der Rechte wesentlich erleichtert worden. Brand hat in einer seiner letzten Reden ganz offen erklärt, daß er unmittelbar hinter Stresemann anerkennen müsse, daß aber die unmittelbare hinter Stresemann der Angehörige der anderen Regierungsperiode, der Deutsche nationale von Freytag-Loringhoven, die gegenteiligen Töne angeschlagen habe, und Frankreich mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß solche Strömungen in Deutschland aus Mangel kämen. Doch sie nicht aus Mangel kommen, ist eine Aufgabe der Wähler bei der bevorstehenden Wahl. Die Politik der Verständigung mit Frankreich wird nicht dadurch falsch, daß sie in ihr ein Stillstand zu verzeichnen ist, wohl aber wird sie mit um so stärkerer Aussicht auf Erfolg betrieben werden können, je stärker in beiden Staaten die politischen Strömungen werden, die sich aus innerer Überzeugung auf die Politik einstellen. Das ist der hauptsächlichste außenpolitische Sinn der Wahlen in Frankreich und Deutschland.

26. Franken: Medizinalrat Scharrer, Nürnberg; Oberfeuerleiter Kempel, Nürnberg.
27. Pfalz: Staatspräsident Prof. Dr. Hellpaß, Heidelberg; Landgerichtsrat Ritterpacher, Frankenthal.
28. Dresden-Bautzen: Reichsminister a. D. Dr. Käß, Dresden; Syndikus des Einzelhandelsverbandes Dr. Käßner, Dresden.
29. Leipzig: Gustav Schneider, Korrespondent des G. D. A., Berlin; Kaufmann Koss, Teudau.
30. Chemnitz-Postdam: Alfred Prudau, Landgerichtsdirektor, Chemnitz; Frau Ulrich-Bell, Dresden.
31. Württemberg: Geh. Kommerzienrat Dr. Ing. Wieland, Ulm a. D.; Dr. Theodor Heuß, Berlin; Maschinenmeister Henne, Tübingen.
32. Baden: Staatsminister a. D. Dietrich, Wildguth; Schreinermeister Buchardt, Heidelberg.
33. Hessen: Staatspräsident a. D. Prof. Dr. Will Helppaß, Heidelberg; Kaufmann Grieb, Mainz.
34. Hamburg: Kaufmann Kall, Hamburg; Frau Oberhaupt Besmann, Hamburg.
35. Mecklenburg: Staatsminister Dr. Moeller, Schwerin.

Preussische Landtagskandidaturen

Die demokratischen Wahlkreisbewerber

Die demokratischen Wahlkreisorganisationen haben in allen preussischen Landtagswahlkreisen die Kandidatenaufstellung vorgenommen. Als Vorkandidaten sind aufgestellt:

1. Ostpreußen: Rechtsanwalt Dr. Günther Grämel, Berlin.
2. Berlin: Oberregierungsrat Merzen; Pastor Graue; Frau Dr. Klausner.
3. Potsdam II: Stadtschulrat Otto Charlottenburg; Chefredakteur Otto Aulrich, Berlin; Frau Dr. Frieda Wunderlich, Berlin.
4. Potsdam I: Gewerkschaftssekretär Oswald Kiesel, Charlottenburg; Major a. D. Bruno Dauff, Rathenow.
5. Frankfurt a. D.: Gewerkschaftssekretär Kiesel, Charlottenburg; Studentin Dr. Sab. Franke, a. D.
6. Bonn: Rechtsanwält Dr. Verndt, Ettlin.
7. Breslau: Nektor Herrmann, Breslau.
8. Weimarer: Landrat Schmilian, Weimarer.
9. Oberhessen: Regierungs-Beisitzer Dr. von Krause, Dppel.
10. Magdeburg-Anhalt: Oberstudienrat Dr. Theodor Bohner, Magdeburg.
11. Halle-Merseburg: Staatsminister Dr. Walther Schreiber, Halle a. S.; Malermeister Andreas, Nordhausen.
12. Thüringen: Studienrat Trittel, Nordhausen.
13. Schleswig-Holstein: Nektor Hoff, Kiel; Landwirt Ernst Deich, Anhof b. Meldorf, Bürgermeister Ebert, Altona.
14. Wefer-Ems: Regierungspräsident Verghaus, Aurich.
15. Südhannover: Gürtelbesitzer Wachholtz de Wente, Gr. Mummelage.

16. Hannover-Süd: Hofinspektor Barthele, Hannover.
17. Westfalen-Nord: Staatsminister Dr. Helppaß, Berlin; Bädermeister Dour, Bochum; Zamm Schmale, Bielefeld.
18. Westfalen-Süd: Staatsminister Dr. Helppaß, Berlin; Bädermeister Dour, Bochum; Zamm Schmale, Bielefeld.
19. Hessen-Nassau: Volkswirt Emil Goll, Frankfurt a. M.; Nektor Bidel, Nassau.
20. Rhein-Nach: Justizrat Bernhard Falk, Sinsheim; Dr. Schäfer, Köln.
21. Koblenz-Trier: Kaufmann Schneider, Sinsheim.
22. Düsseldorf-Ost: Beigeordneter Prof. Greiner, men; Geschäftsführer Emil Biewerth, Essen.
23. Düsseldorf-West: Beigeordneter Prof. Greiner, Barmen; Frau Ma Uth, Berlin.

Demokratische Wahlvorbereitungen

Nachdem die Aufstellung der Reichstagslisten und auch der Landtagskandidaten in den meisten Ländern erfolgt ist, werden die Wahlkreisorganisationen Parteien in den Vorbereitungen der Wahl und dem Wahlkampf beginnen. Die Führer der Partei G bereits in großen Zügen über ihre Zeit vertritt, insbesondere wird der Parteivorstand in einer großen Zahl von Städten, darunter in Königsberg, Stettin, nower, Oldenburg, Breslau, Dresden, Leipzig, Weiden und Köln sprechen. Eine größere Anzahl von Wahlsammlungen hält sich Koch-Weser natürlich auch Berlin ab, da er in diesem Wahlkreis kandidiert. Schluß des Wahlkampfes wird der demokratische Parteiführer in Bayern sprechen und zwar in zwei großen Versammlungen in München und Regensburg. Auch bisherige Reichstagsabgeordnete Graf Bernstorff im Wahlkampf häufig sprechen. Graf Bernstorff wird diese Weise zum Ausdruck bringen, daß lediglich die Lösung mit seinen sonstigen Geschäften ihn zur Ausübung des Mandats zwingt, daß er im übrigen aber in Weise die Angelegenheiten der demokratischen Partei und zu verwalten bereit ist. Am 29. April findet eine Sitzung des demokratischen Parteivorstandes statt, in der die Führer der Partei in programmatischer Weise die Stellung der Partei im Wahlkampf festlegen.

Die Reichstagsliste des Zentrums

Die Reichstagsliste des Zentrums wurde gestern festgelegt. Auf die ersten zwölf Stellen sind die folgenden Namen gesetzt: 1. Reichsanwalt Dr. Marx, 2. Reichsanwalt Dr. Dr. Wirth, 3. Dr. Stegmann, 4. Frau Ministerialrat Weber, 5. Landesökonomrat Dr. G. Bizepräsident Eger, 6. Großindustrieller Wilhelm Hoffmann-Andlshausen, 7. Generalsekretär Dr. Van 10. festgehalten für einen Landtagsabgeordneten, die Doppelmandat innehaben soll, 11. Wegmann, 12. Dienstreifer Hone.

Die Zusammenlegung der Reichstagsliste ist politisch fensener dadurch, daß Reichsanwalt a. D. Dr. W von seine Parteifreunde nicht aufgestellt haben, auf Reichstagsliste formal an zweiter Stelle erscheint, in Absicht aber, da der Reichsanwalt Dr. Marx in seinem nigen Wahlkreis gewählt werden wird, an erster Dr. Konstantin Dr. Wirths fünf Verhandlungen im Raum vorangehen, deren Ergebnisse dahin zusammen lassen sich, daß Dr. Wirth in Zukunft seine politische Äußerung mehr als bisher im Rahmen der offiziellen transpolitik halten wird. Vermerkenwert ist ferner der Name des Fürsten Wittenstein in der Liste folgt.

Wie sie den Wahlkampf führen

Eine Fierde des Landbundes.

Wilhelm Gauger aus Belgis, Bezirk Bort, deutungsnationaler Landtagsabgeordneter und 2. Vordem des Brandenburgischen Landbundes, rief im dem demokratischen Farmer Graue, der den Landheyzern ins Gewissen rede, folgende Sätze zu:

„Sie lassen wir mal, Sie Kunde. Mit Ihnen den die Bauern abrechnen, Sie Hagenma!“

Wilhelm Gauger sprach darnach auf einer Landkundgebung in Belgis. Nach einem Bericht der „Der Tageszeitung“ schimpfte er auf das System Marx dem Sozialisten von 1,5 auf 4,5 Milliarden Mark habe, die Landwirtschaft aber verelenden lasse. schließt aber der preussische Bauernrat insgesamt mit 2,5 Milliarden ab. Ein deutungsnationaler Landtagsabgeordneter braucht das nicht zu wissen. Es genügt man gut schwindeln und auf die preussische Regierung schimpfen kann.

Nur keine Bauern!

In den Deutschen Landwirtschaftsrat werden der Vollerfassung wiedergewählt: Nittergutsbesitzer Bernath, Nittergutsbesitzer Nordensen, Nitterguts Graf Schefferling, zu Stellvertretern Nittergutsbesitzer Nitzschhofen, Kubnern, Großhofsbesitzer Bester, antspächer Meinling.

Ein häuerlicher Gegenvorschlag wurde gegen die Stimmen der Landbändler abgelehnt. Die Landwirtschaft Schlessens wird also im Deutschen Wirtschaftsrat wie bisher nur durch Großgrundbesitzer treten. Kein Bauer darf in diese Einrichtung G nehmen. Es muß festgehalten werden, daß auch die tigen Abgeordneten des Landbundes die Nittergutsbesitzer gewählt und sich damit erneut zu Gleichberechtigten Serren ergeben haben, deren Wirken jeden For des Bauernlandes unterbindet.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsführung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Angewandte für die schmalformatigen
Mittleren-Blätter 10 Centimeter, - Größe
im Reklametitel 1 Mark, - Ausgabekun-
stliche durch den Verlag des „Politischen
Wegweiser“, Halle (Saale), Gr. Brauhaus-
straße 30.

Nummer 15

Halle, 14. April 1928

4. Jahrgang

Politische Ostern

Während die Feiertage in der inneren Politik still
stehen, sind auf Grund jenes Bürgerfriedens, den die
Parteien miteinander abgeschlossen hatten, ist die
Politik am besten geworden. Man kann im einzelnen
nicht übersehen, welche Ergebnisse daraus folgen, wird
dem Charakter der italienischen Vertriebsarbeit
die Verurteilung begreifen, die sich besonders
in und in geringerem Grade auch London zeigt. Es
ist zu verstehen, daß die römische Geschäftigkeit immer
mehr sich bringt, auch wenn man Mussolini immer
zu seinen höchsten Worten, sondern auch noch seinen
vorherrschenden Taten beurteilen soll. Der „Lauder“
sich besonders aufgeregt und feiert
in das nächste eine Politik, in der er jede klare
Sicht. Ganz unecht hat er freilich nicht, wenn er
sich nicht löse die Starke ab und ziele sie an,
es ist ihm im Augenblick beliebt. Seine Behauptung
hoch, Deutschland würde jetzt getreulich, während
den Freizügigen der Tanager aufzuliegen ver-
steht, soweit es sich um uns handelt, jeder Grund-
er selbst haben nur ein zuwanderndes Interesse.
Allen den Arbeiter unter allen Umständen erhalten
und betrachten jede Spannung mit erster Sorge.
Ergänzende Namen begründen eine Verhängung des
italienischen Gegenstandes, von dem wir in diesem
nicht gehen können, vermutlich aber arg in Miß-
trauen gesogen werden. Das man in Frankreich den
amer unter der Hand Angebote macht, führt uns nicht
an. Uns geht weder Paris, noch Triest etwas
an. Es ist aber das größte Unternehmen auf den
italianischen Kleinstädten, und solche Wünsche finden
in „Matin“, bekommt die Sache ein anderes Gesicht.
Die Änderung der Landkarte kann zu Erschütterungen
werden. Ende gar nicht abzuheben ist. Das alle Europa
sich im Zustand eines labilen Gleichgewichtes, das
sich empfindlich ist. Ein noch so leichter Aus-
gleich alles durcheinander zu werfen.

Um den Trianon-Vertrag

Geheimnisvoll und sorgfältig vorbereitet war die Weisung
des italienischen Ministerpräsidenten Grafen Biasoni nach
Paris im Jüngsten erschienen er in Beneid, aber nicht
das Bad am Vdo zu nehmen, sondern mit ausgetro-
nen politischen Zwecken. Von dort fuhr er nach Mailand,
Luziferi war gerade abgegangen. Zeitgenossen für
Luziferi. In Wirklichkeit hatte er den Zug auf
Luziferi verlassen und war im Auto zurück-
geblieben. Die Journalisten ihre zu führen. Wie das schon
bedeutungsvoll schließt, so haben die offizielle
mens das Liebre getan. So energig betreibt man
den etwas, wenn man unter allen Umständen etwas
haben will. Das große Ministerium beginnt. Das jüdisch
und Budapest die Jüden sehr dicht gehöhnt
zeit der Waffenjünglingsfrage bekannt. Wohin
zu Zugumkehrung? An der Donau betreibt man
nicht mehr, daß die Unterhaltung wichtige Probleme
Man geht wohl in der Annahme nicht fest, daß
Änderung des Trianon-Vertrages beabsichtigt ist.
auch die plötzliche Fällungnahme mit den Nach-
barn, mit Rumänien und Polen. Wir selbst können
Luziferi die Zurückgewinnung ihrer verlorenen Ge-
meinschaft, da es sich um Länder mit rein roma-
nischen Bevölkerung handelt. Wir würden es sogar be-
nennen nach dem Sevre-Vertrag nun auch ein zweiter
Vertrag fällt, zumal früher oder später die beiden
von Saint-Germain und Versailles das gleiche
erfahren müssen. Nur scheint die Zeit dafür noch
f. Ein vorzeitiger Versuch kann sehr leicht große
Kapen heraufbeschwören, die sich dann schwer können
die Widerstände sind beträchtlich, sind es beson-
ders jedes Einzelnen Lugars die Frage nach der
Luziferi der Substanz aufwirft, gegen die sich alle Nach-
barn der Donau-Monarchie leidenschaftlich wehren.

Polen und Italien

Herr Jaleffi, der Warschauer Außenminister,
ist seiner Gattin eine verpöbelte Thierfahrt nach
die Begleitung der Frau ist jetzt üblich geworden,
sich Jüde zu verkleiden. Es sieht etwas harm-
los. Was will er bei Mussolini? Jüdische Mütter
erlaubt, Deutschland zu beruhigen. Jede Tendenz
erlin sei ausgeschlossen. Die stünde, sie hören es
es sei doch eigentlich alles so selbstverständlich,
Zustellungen zu Polen lägen geradezu in der Luft.
er nicht über. In Wahrheit wird man die Dinge
sich freundlich ansehen, wie sie uns hier serviert
wenn die Polen in die Eintragspolitik Italiens
völlig einbezogen werden sollen, so hat das

schon eine internationale Bedeutung. Jaleffi fühlt das und
hat in einer Erklärung betont, er werde sich unter keinen
Umständen aus der kleinen Entente herauslösen lassen. Das
war offenbar für Paris gemeint. Man wird miträufeln,
Erfahrunglich soll er die Zustimmung zu Abmachungen geben,
die zwischen Budapest und Rom getroffen worden sind.
Umsonst tut er es bestimmt nicht. Den Kaufpreis möchten
wir gerne erfahren. Unbedingt sicher sind wir Italiens
nicht. Nicht, daß deutsches Gebiet in Frage läme, wenig-
stens nicht, soweit es zum Reich noch gehört. Aber dar-
über hinaus? Ist ein Garantepakt für den jetzigen Be-
stehend Italiens geplant? Man wird ebenfalls diesen Vor-
gängen die gebührende Aufmerksamkeit schenken müssen.
In Sorgen sind wir nicht. Schließlich ist es für das, was
wir erstreben, besser, die Beziehungen nach London und
Paris werden brüderlich, als die zu Rom.

Köhler in Rom

Der Reichsfinanzminister verläßt mit seiner Gattin
und seinem Pflanzel, von dem die Presse sonst nicht viel
weiß, einige Wochen in der ewigen Stadt. Da Dr. Köhler
ein großer Zentrumsmann ist, läßt sich dabei nicht viel
denken. Auch die Wahlen beim Papst war eine Selbst-
verständlichkeit. Vielleicht hat er sich mit dem Kardinal-
Staatssekretär über die Aussichten des Schulgesetzes unter-
halten und gehört, wie in Italien, dem Heimatland des
Katholizismus, die weltliche Schule marfiziert, die er im
Reich bekämpft. Auch eine Begegnung mit Mussolini fällt
nicht fonderlich auf. Daß er den stolzen, den Grafen Solpi
bedacht, läßt sich zwar aus dem Reich. Schließlich haben beide
dieselben Ziele, so ähnlich stellt man es wenigstens an
den antiken Stellen in Berlin dar. Parler Silber ist
janz auch in der Stadt des Augustus, Nero und Mussoli-
ni, aber man sagt mit Recht, daß der Generalagent doch
viel häufiger in Berlin weilte. Dr. Köhler hätte Gelegenheit
genug hat, ihn zu sprechen. Das ist richtig, wenn man auch
den Ton nicht auf „Sprechen“ legen soll, da sich der Ver-
kehr zwischen ihnen meist in Form eines Notenschleifens
vollzieht. Für arglose Gemüter genügt das. Die anderen
reihen sich die Dinge schon allein zusammen. Silber kam
aus London, wo er mit Churchill, und aus Paris, wo er
mit Poincaré und den Präsidenten der Bank von Frank-
reich häufigen Meinungsaustausch geführt hat. Nun will
er einmal sich mit dem Dritten im Bunde, dem Grafen
Solpi, unterhalten. Dr. Köhler ist zufällig auch da. Seltsam
Zusammenreffen. Im übrigen haben natürlich jene
recht, die sagen, vor den amerikanischen Wahlen sei die
Reaktion des Damesplans noch nicht freigelegt und der
neue Herr im Weißen Haus übernimmt erst im Herbst
das Amt. Unbedingt treffend. Nur fliegen internationale
Verhandlungen nicht im Handumdrehen zum Abschluß zu
gelangen. Einige Monate dauern sie für gewöhnlich. Bednet
man am Kalender nach, so kommt man zufällig auf den
Dezember. Und das ist der Sinn.

Der Anti-Kriegspakt

Herr Kellogg hat den Großmächten, mit Ausnahme
Ruslands, eine Abschrift seines Abkommens mit Brand
zugestellt. Nicht nur zur gefälligen Kenntnisnahme, son-
dern zur gelegentlichen Rückführung. Er hatte ja nicht
umsonst den französischen Kollegen geantwortet, daß die
Bereinigten Staaten einen einseitigen Vertrag mit Paris
nicht wünschen. Man will die ganze Welt auf dieselbe
Formel bringen. Herr Bertinor, der immer das Gras
wachsen hört, und im Echo de Paris eine Politik treibt, die
weder für Verständigung noch verständig ist, behauptet, schon
die Antworten Deutschlands und Englands zu kennen. Sie
dürfte selbst weniger weitläufigen Journalisten nicht schwer
fallen, denn was Amerika will, liegt im Rahmen unserer
Politik. England aber werde zögern seine Einwilligung
geben. Mein Jagen könne es nicht, um den großen Bruder
nicht zu verletzen, doch werde es den Pakt einbezogen
und sich freie Hand vorbehalten. Schon aus Rücksicht
auf Ägypten, Indien und Irland lebtrigen eine interna-
tionalen Familienangelegenheit des Imperiums. Allerdings nicht
unbedenklich. Schwierigkeiten sind mit dem Frieden nicht ver-
einbart, ganz gleich, ob sie innerhalb der Landesgrenzen
oder außerhalb vor sich gehen. Bertinor behauptet, Ame-
rika werde damit einverstanden sein, weil es im Grunde
genommen dieselbe freie Hand für Südamerika wünsche.
Ganz überzeugend klingt das nicht, denn das Weiße Haus
hat gezeigt, daß es ausgezeichnet versteht, Länder zu er-
obern, ohne das nach außen hin als Krieg zu bezeichnen.
Wenn er Recht hat, so fragt man sich vergebens, wozu
dann noch ein Pakt beschloffen werden soll. Scherz wird
der Weltfrieden durch ihn auch nicht. Was wir vor dem
amerikanischen Vorgänger hoffen, ist ja gerade eine Be-
ruhigung der Welt, die dann keinen Vorwand mehr hat,

die Abrüstung zu sabotieren. Stillstand aber ist nicht
nötig, daran hat es auch bisher nicht gefehlt.

Die Konservativen

Nur sehr zaghaft nehmen einige deutschnationalen
Blätter von dem Aufbruch der konservativen Kräfte. Die
meisten sparen übrigens dafür die Druckerhörare. Und
das ist begreiflich. Sehr bequem ist er nicht. Diese Gruppe
von antidubialen Politikern, die noch auf die ewige
Wiederkehr des Gleichen hoffen und sich einbilden, sie
könnten das Rad der Geschichte zurückdrehen, ist mit den
Deutschnationalen höchlich unzufrieden. Aber nicht wie an-
dere Leute, weil die Partei in der praktischen Arbeit
völlig verlagert hat — das buhen sie eher auf die Ge-
winnsseite — sondern weil sie mit der Republik liebäugeln.
Aus dem Lager der wirklichen Demokratie wird das immer
bestritten. Wir halten das für falsch. Jawohl, die Deutsch-
nationalen liebäugeln mit der Republik, schon weil sie
wissen, daß die Monarchie der Traum von gestern ist und
in Zukunft keine Futtertrüben zu vergeben hat, nur
sehen sie immer, wie der seltsame Dufales, am Scheide-
wege. Sie möchten gerne, trauen sich aber nicht, und
lassen bei schönem Wetter die Kaiserparade flattern.
Bei schlechtem Rollen sie sie wieder ein. Was man so
Charakter nennt. Das zu verschweigen haben wir nicht
den mindesten Anlaß. Im Gegenteil, wir sollen es noch
recht dick unterreden, denn nur so rundet sich das Bild
ab. Die Konservativen haben vollkommen recht. Welpap
und Genossen sind genau so unzuverlässige Monarchisten
wie Republikaner. Der Völklerger in Peer Ohnt würde
sagen: Ihr seid nicht halt, ihr seid nicht warm und müht
noch einmal ungeheuren Verd. Deshalb auch das läg-
liche Fiasco. Man läuft nicht mehr Sturm gegen die
Republik, sondern unternimmt nur noch martierte Ma-
növerangriffe, aber man arbeitet auch nicht ernsthaft mit.
Die Konservativen geben jetzt die Wahparole für die
Wahlischen aus. Für diesen kleinen Heerhaufen bedeutet
dies schon ansehnlichen Zuwachs. Zeit macht es noch
Janz nicht. Die Kontraktiven befehlen zum größten Teil
aus dem Adel, der Lebung darin hat, die Zeit zu ver-
passen. Das hat er mit Erfolg unter Stein und Harben-
pflegte und später unter Wismar gelan. Diese Tradition
pflegt er auch heute. Er wundert sich dann, daß man
ihn etwas als Publikum der Vergangenheit betrachtet.
Er war sehr böse, als Freiherr Ludwig von Rheinbaben
in seinem Wuch: „An den deutschen Adel“ ihnen das vor-
bielt. Gelesen haben

Streif

Es hat sich
Aufmerksamkeit
für Ober- und
in die Höhe des
noch dazu mit der
Locarno und den
plötzlich lauter. C
entzündet gewesen
den man auf den
republikanischer
schäft. Wenn einige
nitter wolle ausges
ein Mandat versch
Berkenfennung der
sonderes Bergrügen
starpfenteich den S



Nur wenige
scheidung. Es gibt
schen und allen Que
Ziel ist die große
rung der Deutschen

Wir wollen

unsere Partei in Stadt u. Land
ausbauen, helfst uns!

